

VERTRAULICH

t.941.1.Ceylon.- KH/kr

Bern, den 3. Januar 1962.

A k t e n n o t i z über C e y l o n

Betr. Besuch des neuen Gesandten Ceylons,  
 Minister R.S.S. GOONEWARDENE  
 am 30. Dezember 1961.

G. ist ein alter Bekannter von mir und äussert sich recht freimütig über die Zustände in seinem Land, die ihm wachsende Sorgen bereiten. Er erklärt, Ceylon schaffe sich völlig unnötigerweise Probleme und Schwierigkeiten, die früher gar nicht existiert hätten; wenn die gegenwärtige Tendenz andauere, so müsse man mit ernstesten, sogar katastrophalen Konsequenzen rechnen. Frau Bandaranaike, die Ministerpräsidentin, überlasse die Leitung der Staatsgeschäfte fast ausschliesslich ihrem Verwandten, dem Finanzminister Felix Bandaranaike, der auch in Aussenpolitik, Polizei- und Militärwesen schalte und walte wie es ihm passe. Der Einfluss Moskaus werde immer grösser, die jungen Ceylonesen würden immer mehr in der Sowjetunion und anderen kommunistischen Ländern ausgebildet, dagegen werde es immer schwieriger, die für Ceylon interessanteren und auch aus sprachlichen Gründen näherliegenden Ausbildungsmöglichkeiten in England, Westeuropa oder USA auszunützen, obwohl die bisherigen Ergebnisse der von kommunistischen Ländern offerierten Stipendienhilfe eher enttäuschend seien. Obschon die kommunistische Partei in Ceylon eine unbedeutende Minderheit darstelle, sei ihr Einfluss gross und nehme zu.

G. glaubt, dass das vor Jahren von ernstzunehmenden Fachleuten, auch von schweizerischen Spezialisten von internationalem Ansehen, abgelehnte Projekt, in Ceylon ein Stahlwerk zu errichten, nun doch verwirklicht werde und zwar von den Russen. Das sei eine Verrücktheit (madness). Man wisse schon jetzt, dass Ceylon, ~~auch~~ wenn das Werk mit ungeheurem Aufwand <sup>überhaupt</sup> in Betrieb gesetzt



werden könne, nur wenige Jahre genügendes Eisenerz besitze. Zudem hätte Ceylon alles Interesse, Eisen und Stahl aus dem benachbarten Indien zu Weltmarktpreisen zu beziehen, anstatt diese Produkte im Inland viel zu teuer selbst zu fabrizieren. Moskau wolle aber offenbar unbedingt einen Propagandaerfolg seiner technischen Hilfe in Form eines Stahlwerkes. Dahinter verstecke sich natürlich der Wunsch, Dutzende, wenn nicht Hunderte von Experten, Technikern usw. nach Ceylon zu bringen, für Zwecke, über die man sich keinen Illusionen hingeben dürfe. G. fügt bei, seine in Colombo lebende Frau habe ihm soeben geschrieben, das Leben werde dort so teuer und schwierig, wie es nicht einmal während des Krieges gewesen sei. Die Besteuerung werde un~~er~~träglich.

Diese Informationen werden soeben noch aus zuverlässiger schweizerischer (privater) Quelle ergänzt. Die Devisenschwierigkeiten haben den Ausreiseverkehr für Ceylonesen bereits weitgehend unterbunden, so dass mehrere internationale Luftfahrtgesellschaften Colombo seit kurzem nicht mehr anfliegen. Der Schiffsverkehr leidet unter Streiks; weil im Hafen Dutzende von Schiffen vergeblich auf Auslad warten, wird Colombo immer mehr gemieden, so dass die dorthin bestimmten Sendungen nur nach monatelangen Umwegen über Australien, Singapur usw. an ihrem Bestimmungsort eintreffen. Da Importe und Exporte für Ceylon lebenswichtig sind, kann diese Lage rasch zu unabsehbaren Auswirkungen im Wirtschaftsleben führen. Die Regierung getraut sich aber nicht einmal mehr, das ihr zur Verfügung stehende Notrecht zur Verhinderung von Streiks anzurufen.

Unsere Landsleute auf Ceylon, die dort hochangesehene, blühende Handels- und Produktionsbetriebe sowie bekannte Muster-Plantagen errichtet und damit beachtliche Beiträge zum wirtschaftlichen Aufbau des Landes geleistet haben, sehen der weiteren Entwicklung mit grosser Sorge entgegen. Dank grösster Anstrengungen und geschickten Verhaltens ist es bisher immer noch gelungen, jedes Jahr angemessene Handelsgewinne sowie auch gewisse Ersparnisse unserer auf Ceylon lebenden Mitbürger in die Schweiz zu überweisen. Ob dies auch weiterhin möglich sein wird, wird aber fraglich, ganz abgesehen vom Schicksal der bedeutenden schweizerischen Investitionen. - 1958 habe ich dem damaligen Handelsminister Ceylons,

auf seinen ausdrücklichen Wunsch hin, die Texte der von der Schweiz mit osteuropäischen Staaten abgeschlossenen Entschädigungsverträge (für Verstaatlichungen) verschafft und erläutert; er hat mir damals geantwortet, Ceylon wäre nicht in der Lage, hohe Entschädigungszahlungen aufzubringen, weshalb er die Regierung vor dem Abenteuer einer Verstaatlichung der ausländischen Unternehmungen warnen wolle. Es ist aber bekannt, dass die Linkskreise auf Ceylon das Ziel der Verstaatlichung aller ausländischen Unternehmungen weiterhin verfolgen.

Kopien dieser Notiz gehen an Herrn Bundesrat Wahlen, an die Abteilung für Politische Angelegenheiten, an die Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes sowie an die Eidgenössische Finanzverwaltung.

KH